

gen, dass wir bei neuen Technologien einen Schritt nach vorn kommen. Außerdem würden wir darüber vor allem Arbeitsplätze in all diesen Feldern in Nordrhein-Westfalen in der Zukunft sichern. Deshalb wäre es gut, wenn wir es schaffen würden, dieses GuD-Kraftwerk nach Nordrhein-Westfalen zu holen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ministerin Höhn. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt Herr Dr. Linssen noch einmal das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich sollte am Ende einer Aktuellen Stunde ein Fazit stehen. Wir sollten mit dem Gefühl nach Hause gehen, dass die Aktuelle Stunde etwas für die Investitionssicherheit und die Investitionsfreudigkeit in diesem Land gebracht hat.

Ich habe im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des nordrhein-westfälischen Landtags mittlerweile den siebten Wirtschafts- und Energieminister erlebt. Herr Dr. Horstmann, ich habe aber noch nie einen Minister erlebt, der bei einer Investitionssumme in dieser Größenordnung den Eindruck erweckte, dass ihm das, was in Berlin in Bezug auf diese Investition passiert, eigentlich völlig egal ist.

(Beifall bei CDU und FDP - Minister Dr. Axel Horstmann: Sie sind ein Demagoge!)

Sie haben im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie vorgetragen, dass es für Sie keine Handlungsnotwendigkeit in dieser Frage gebe. Wir haben festgestellt, dass die Durchführungsverordnung in Berlin gestrickt wird. Wenn ich an Ihre Bemühungen um den Metrorapid denke - in diesem Zusammenhang werden Sie zu jeder Tages- und Nachtzeit in Berlin aktiv, beispielsweise dann, wenn dort die haushaltsrechtlichen Grundlagen geschaffen werden -, dann kann ich Ihr Verhalten in dieser Angelegenheit überhaupt nicht verstehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sollten am Ende dieser Debatte wenigstens mit der Gewissheit nach Hause gehen, dass Sie sich bemühen werden, in Berlin den Durchführungsverordnungen zu diesem Thema nach dem von Frau Höhn genannten standardisierten Verfahren zum Durchbruch zu verhelfen, damit wir Messwerte nach ISO-Richtlinien bekommen, die

überhaupt erst eine Investitionssicherheit garantieren.

Sie haben im Zusammenhang mit der Investitionssicherheit lediglich davon gesprochen, dass die Genehmigungsverfahren durchgeführt worden seien. Auf dieser Grundlage kann ein Investor aber nicht das Risiko eingehen, in diese Anlage zu investieren. Es fehlt also noch etwas. Ich würde gerne die Gewissheit mit nach Hause nehmen, dass sich diese Landesregierung in Berlin die notwendige Mühe gibt, um diesem Investitionsprojekt zum Durchbruch zu verhelfen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Dr. Linssen. - Für die Landesregierung hat jetzt noch einmal Herr Dr. Horstmann das Wort.

(Zuruf von der CDU: Der Ministerpräsident sollte einmal eingreifen!)

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Linssen, ich verwahre mich in aller Deutlichkeit gegen Ihre Falschdarstellung des Verlaufs der Beratungen im Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Gerade als Vorsitzendem dieses Ausschusses steht Ihnen das nicht zu. Ich verwahre mich ferner gegen den Vorwurf der Untätigkeit.

(Zuruf von Dr. Helmut Linssen [CDU])

Ich kann verstehen, dass Sie mit dem Debattenverlauf nicht zufrieden sind. Aber eines ist klar: Die Landesregierung weiß die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen in Berlin gut zu vertreten, und zwar in allen Bereichen, auch auf sämtlichen Feldern der Energiepolitik. Ich hoffe, das geschieht zukünftig auch mit Ihrer Unterstützung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Horstmann. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Daher **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Jetzt rufe ich auf:

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Überleitung der bisher von den Landschaftsverbänden wahrgenommenen Aufgaben im Bereich der Straßenbauverwaltung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/3818

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile zur Einbringung des Gesetzentwurfes Herrn Minister Dr. Horstmann das Wort. Bitte schön.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bringe eine gesetzliche Veränderung des Zweiten Modernisierungsgesetzes ein. Hiermit soll die seinerzeit vorgenommene Festlegung von Standorten für den Landesbetrieb Straßenbau verändert werden. Ich werde dazu einige begründende Ausführungen machen.

Die jetzige gesetzliche Regelung hat die bei Übernahme der Landesstraßenbauverwaltung Nordrhein-Westfalen in die Regie des Landes Nordrhein-Westfalen vorgefundene Situation übernommen. Daher sind die beiden damaligen zentralen Standorte der Straßenbauverwaltung, nämlich Köln und Münster, Bestandteil des Modernisierungsgesetzes geworden.

Ich glaube, dass das in der damaligen Umbruchsituation eine sinnvolle Regelung war. Wir dürfen nicht vergessen, dass dabei so viele Änderungen und Reformschritte auf die Beschäftigten der Landesstraßenbauverwaltung zugekommen sind, dass man die seinerzeit vorgenommenen Veränderungen auf das notwendige Ausmaß beschränkt hat. Ich glaube, es war richtig und klug, dass sich der Gesetzgeber seinerzeit so verhalten hat.

Gleichwohl muss man bedenken, dass Effektivität und Effizienz eines Unternehmens unter der Zweiteilung seiner Hauptverwaltung leiden. Das gilt auch im Fall des Landesbetriebs Straßenbau. In den vergangenen beiden Jahren hat das Ministerium mit Unterstützung des Landesbetriebes versucht, die mit dem doppelten Hauptsitz vorgegebenen Strukturen zu optimieren. Das ist teilweise auch gelungen. Für die Zukunft - darüber muss ich Ihnen wahrheitsgemäß berichten - zeigen sich aber Grenzen.

Diese will ich nicht im Einzelnen an anschaulichen Beispielen schildern, sondern nur darauf hinweisen, dass Sie bei Parallelbetrachtungen feststellen werden, dass kein anderes Unternehmen auf die Idee käme, seine Hauptverwaltung in Nordrhein-Westfalen auf zwei gleichgewichtige Betriebssitze zu verteilen. Für Landesbetriebe in öf-

fentlicher Verantwortung gelten die gleichen betriebswirtschaftlichen Effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkte, die auch in der Privatwirtschaft zugrunde gelegt werden. Betriebe in öffentlicher Verantwortung können keine anderen Bedingungen genießen als die im Wettbewerb stehenden Unternehmen.

Der anstehende Gestaltungs- und Entscheidungsprozess gliedert sich in mehrere Schritte. Wir bringen einen Gesetzentwurf ein, der die Festschreibung der Betriebssitze in Köln und Münster aufheben soll. Über diesen Gesetzentwurf bitten wir Sie zu beraten und zu entscheiden.

Im Gesetzentwurf haben wir keine Aussage zu einem zukünftigen einheitlichen Standort des Landesbetriebes getroffen. Das haben wir bewusst nicht getan; denn diese Frage steht nicht im Vordergrund. Uns geht es in erster Linie um die Zusammenführung der beiden Sitze der Hauptverwaltung und nicht um einen bestimmten Standort.

Dennoch: Die Frage nach dem Wohin ist sofort mit der Frage nach dem Ob verknüpft worden. Das wissen Sie. Auch dazu hat es bereits Beschlussfassungen auf Fraktionsebene dieses Hauses gegeben. Das Ministerium hat sich selbstverständlich auch mit Standortmöglichkeiten beschäftigt. Wir haben eine Standortsuche vorgenommen und Informationen gesammelt, was für den Entscheidungsprozess eine wichtige Voraussetzung war.

Ich möchte noch etwas zu der Frage sagen, warum wir diese Entscheidung jetzt getroffen haben und ob es nicht zu früh ist, eine solche Entscheidung zu treffen. Wir haben im Augenblick vor Ort in Münster und in Köln eine räumliche Situation, die uns nahe legt, zum jetzigen Zeitpunkt eine solche Entscheidung zu treffen und nicht erst in einigen Jahren. In Münster endet das bestehende Mietverhältnis mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe im kommenden Jahr. Der Landschaftsverband hat bereits deutlich gemacht, dass er nicht an eine weitere Verlängerung des Mietvertrages denkt. In Köln besteht der Mietvertrag zwar noch eine Weile fort. Aber dort sind zumindest Zwischenumzüge angezeigt, weil der Vermieter mit einer umfassenden Kernsanierung beginnen möchte.

Das ist wohlgedacht nicht der Grund für diese Zusammenlegung; es ist aber der Anlass dafür, die Zusammenlegungsdiskussion zu einer Entscheidung zu führen. Genau die gleichen Gründe sprechen dafür, sich jetzt nicht auf eine langwierige Standortdiskussion einzulassen. Standortverlagerungen sind nicht besonders populär, und sie sind

mit Unsicherheiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden. Diese Unsicherheiten sind zum Teil unvermeidbar. Man sollte sie aber nicht über Gebühr ausdehnen oder verlängern. Deswegen setze ich mich dafür ein, dass möglichst bald eine Entscheidung über den neuen Standort getroffen wird.

Ich finde es schade, dass es in der Debatte, die natürlich von verständlichen Gegenargumenten geprägt ist, und zwar sowohl aus dem Kreis von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als auch aus dem Kreis von Politikerinnen und Politikern, die auch Standortinteressen zu vertreten haben, zu über das verständliche Maß hinausgehenden Argumenten gekommen ist, die ich nicht stehen lassen möchte. Das gilt beispielsweise für das von einigen genannte Argument horrender Kosten. Wir können nachweisen, dass sich eine Standortverschmelzung an einem Standort im Ruhrgebiet - darum geht es ja - spätestens innerhalb von fünf bis sechs Jahren amortisieren würde, selbst wenn man mit ungünstigen Bedingungen rechnet. Wir kommen also in jedem Fall durch den Umzug alleine durch die Raumkosten und durch die anderen eintretenden Verwaltungseinsparungen wirtschaftlich auf die sichere Seite.

Das zweite Argument war die Unzumutbarkeit für Beschäftigte. Ich will darauf hinweisen: In Köln und Münster geht es jeweils um etwas mehr als 200 Beschäftigte, deren Dienstsitz verlegt werden würde. An beiden Standorten bleiben aber jeweils mehr als 600 Arbeitsplätze erhalten. Das heißt, wir werden den Spielraum haben, in Fällen, in denen soziale Gründe, individuelle Lebenslagen dagegen sprechen, eine solche Arbeitsplatzverlagerung zu erzwingen, andere Lösungen anbieten können. Das wird jedenfalls in den allermeisten Fällen möglich sein.

Ich glaube auch nicht, dass das, was über die Glaubwürdigkeit der Landesregierung gesagt worden ist, richtig ist. Auch hier ist Stimmung gemacht worden. Es ist richtig, dass wir durch den damaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an beiden Standorten in Aussicht gestellt haben, dass sich zunächst einmal nichts ändern soll.

(Zuruf von der CDU)

Ich füge aber hinzu: Ich kann Ihnen auch schriftliche Quellen bringen, wonach sich Wolfgang Clement klar dazu geäußert hat, dass es keine Ewigkeitsgarantie für Standorte gibt. Auch das gehört zur Wahrheit. Das sind natürlich stimmungsgeladene Debatten. Ich sage nur, dass ich für vieles Verständnis habe, aber Sie müssen auch verste-

hen, dass ich mich gegen übertriebene Argumente zur Wehr setze.

Zum Standort selbst: Ein wesentliches Kriterium für die Auswahl eines neuen Standortes soll aus unserer Sicht die Entfernung zu den bisherigen Standorten sein. Wir müssen ja damit rechnen, dass ein Gutteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jedenfalls eine Zeit lang fahren muss. Deshalb schlage ich vor, dass wir einen Betriebssitz wählen, der etwa auf halber Strecke zwischen Köln und Münster liegt. Das ist für mich mit Rücksicht auf die Beschäftigten ganz entscheidend, weil natürlich längere Wegezeiten eine Einschränkung von Lebensqualität bedeuten. Das darf man nicht in Abrede stellen.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Jostmeier zu?

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Ja, bitte.

Vizepräsidentin Edith Müller: Bitte schön, Herr Jostmeier.

Werner Jostmeier (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Minister Horstmann, ich habe eine Frage zu dem, was Sie gerade hinsichtlich der Zusage des damaligen Ministerpräsidenten Clement gesagt haben, nämlich dass in Aussicht gestellt worden sei, dass sich zunächst einmal nichts ändern solle, was jedoch nicht zutrifft. Ich unterstelle, Sie kennen den Brief vom 20. April 2000, in dem der Ministerpräsident die klare Zusicherung gemacht und somit auch den Widerstand der betreffenden Betriebs- und Personalräte sowie der Leitungen gebrochen hat, dass dieser Standort nicht nur nicht zur Disposition steht, sondern dass er bleiben soll. Hierzu wird mit Sicherheit gleich noch Frau Kollegen Düttmann-Braun Stellung nehmen.

Ist Ihnen bekannt, dass diese Zusicherung sogar ins Gesetz geflossen ist, und ist Ihnen bekannt, dass man bei derartigen Zusicherungen, auf die sich die Betroffenen und die Bevölkerung verlassen, nicht nach zweieinhalb Jahren sagen kann: Wir sehen das aber heute ganz anders und tun das Entgegengesetzte von dem, was wir damals versprochen haben? Darüber kommen Sie mit der Formulierung, die Sie gerade verwendet haben, aus meiner Sicht nicht hinweg.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Herr Kollege Jostmeier,

dass die Standorte Köln und Münster ins Gesetz eingeflossen sind, ist ja sozusagen die Voraussetzung für unsere Diskussion. Natürlich ist mir das bekannt. Ich weiß nicht, warum Sie eine solche Frage stellen. Es geht ja gerade darum, es zu ändern. Ich bekenne mich ja dazu, das zu ändern. Soweit Sie den früheren Ministerpräsidenten Wolfgang Clement zitieren, ist das schon korrekt, was ich dazu ausgeführt habe. Er hat tatsächlich an die Adresse der Beschäftigten gesagt, der Landesbetrieb Straßenbau werde seinen Sitz in Köln und Münster haben. Aber er hat ebenso gesagt - ich zitiere wörtlich -:

"Eine Ewigkeitsgarantie für Standorte gab es in der Vergangenheit nicht; sie kann es auch in Zukunft nicht geben."

Er hat also beides gesagt. Ich bitte darum, dass das im Zusammenhang und nicht nach Lust und Wellenschlag zitiert wird.

Herr Kollege Jostmeier, machen wir uns nichts vor. In dieser Zeit, in der die öffentliche Hand mit dem knappen Geld der Steuerzahler äußerst sorgsam und vorsichtig umgehen muss, muss sie an öffentliche Betriebe die Effizienzanforderungen stellen, die auch die Anteilseigner privater Unternehmen an die Organisation der Betriebe, die ihnen gehören, stellen müssen. Das sind wir den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern schuldig. Ich sage das in aller Deutlichkeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Dass es in einer solchen Debatte andere Gesichtspunkte gibt, erkenne ich an. Sie haben nur noch in keinem einzigen mir bekannten populären Fall dazu geführt, dass ein und dasselbe Unternehmen in Nordrhein-Westfalen seine Hauptverwaltung auf zwei verschiedene Standorte verteilt. Dass dies eine Situation ist, die auf Dauer nicht befriedigen kann, versteht sich von selbst.

Wir nehmen also auf die berechtigten Interessen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umfassend Rücksicht. Die sozialen Regelungen, die das öffentliche Dienst- und Arbeitsrecht für solche Fälle vorsieht, sind beachtlich. Wir werden uns über das, was gesetzlich notwendig ist, hinaus engagieren, um akzeptable Lösungen für die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden. Dazu gehört insbesondere die Standortfindung an einer Stelle, die ungefähr in der Mitte zwischen Köln und Münster liegt.

Es würde mich sehr freuen, wenn dies die weiteren Diskussionen anleiten könnte. Es würde der Landesregierung auch gut passen, wenn sich das

mit der Platzierung dieses Betriebes in einer Stadt mit besonders hoher Arbeitslosigkeit verbinden ließe. Es wäre vernünftig, wenn man die betrieblichen Gesichtspunkte, die für einen gemeinsamen Standort der Hauptverwaltung des Landesbetriebes sprechen, mit dem Gesichtspunkt der strukturellen Stärkung einer Stadt mit hoher Arbeitslosigkeit verbinden würde - und das wäre in erster Linie im Ruhrgebiet, auf der halben Entfernung zwischen Köln und Münster. Ich würde mich sehr freuen, wenn es zu dieser Entscheidung kommen sollte, die sich ja - ich lese auch die Zeitung - hoffentlich abzeichnet. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister Horstmann. - Meine Damen und Herren, als nächsten Redner rufe ich Herrn Siekmann für die Fraktion der SPD auf.

Erwin Siekmann (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Festlegung von zwei Betriebssitzen des Landesbetriebes Straßenbau NRW durch das zweite Modernisierungsgesetz vom 09.05.2000 war - und das betone ich ausdrücklich - politisch gewollt und zum damaligen Zeitpunkt auch gerechtfertigt. Diese Entscheidung war sehr hilfreich, um die Probleme des Zusammenwachsens zweier bis dahin völlig selbstständiger Einheiten zu lösen. Ich zitiere mit Zustimmung der Frau Präsidentin insoweit aus der heute zu beratenden Gesetzesvorlage, weil mir das der Kern der Sache zu sein scheint:

"In der Anfangsphase des Landesbetriebs hat sich die Beibehaltung der beiden Standorte ('Betriebssitze') bewährt. Das zeitliche Zusammenfallen der drei Reformelemente Verstaatlichung, Zusammenführung der beiden Verwaltungen und Umwandlung in einen betriebswirtschaftlich orientierten Landesbetrieb hat zu einem sehr komplexen Organisationsprozess geführt und hohe Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestellt. Eine Verlagerung von Standorten wäre in dieser Phase kontraproduktiv gewesen."

Das ist so.

Lassen Sie mich hier einschleichen, dass die Verstaatlichung der Aufgaben im Bereich der Straßenbauverwaltung durch die Errichtung eines Landesbetriebes die richtige Entscheidung war. Das gilt sowohl für die eindeutige Zuordnung der politischen Verantwortung, aber vor allem auch aus ökonomischen Gründen. Das beweisen die inzwischen bereits erreichten wesentlich höheren Produktivitätszahlen bzw. die erheblichen Effi-

zierungsgewinne. So kann der Personalstand bereits in diesem Jahr um 160 Stellen gesenkt werden.

Meine Damen, meine Herren, zu unseren Daueraufgaben gehört - und das gilt ganz besonders in finanziell schwierigen Zeiten - die Prüfung, ob weitere Einsparungen bei gleich guter oder noch besserer Aufgabenerfüllung möglich sind. Diese Prüfung für den Bereich Straßenbauverwaltung ist jetzt nach mehr als zwei Jahren erfolgt und hat ergeben, dass weitere Effizienzsteigerungen erreicht werden können, und zwar durch die Zusammenführung der beiden Betriebssitze - bitte immer Betriebssitze und nicht Standorte.

Da sich der Gesetzgeber erst vor etwa drei Jahren für zwei Betriebssitze entschieden hat, haben alle Beteiligten - nicht zuletzt auch die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - einen Anspruch darauf, die Gründe für die bereits nach relativ kurzer Zeit geplante Zusammenlegung der beiden Betriebssitze nachvollziehbar erläutert zu bekommen. Nur so kann, wenn schon aus subjektiver Betroffenheit keine Zustimmung, aber Verständnis erreicht werden.

Meine Damen, meine Herren, nach Erkenntnissen des Ministeriums sowie vielfältiger Hinweise aus den verschiedenen Hierarchieebenen des Landesbetriebes und Hinweisen von Beteiligten an der Organisationsuntersuchung der Betriebssitze im vergangenen Jahr zeigen sich immer deutlicher erhebliche Schwierigkeiten. Diese konnten trotz umfassender organisatorischer Optimierungen an beiden Standorten nicht ausgeräumt werden und wirken einer effektiven, effizienten Aufgabenerledigung entgegen.

Als Stichworte für diese notwendige Zusammenlegung der beiden Betriebssitze seien hier nur angeführt:

Eine Optimierung der Organisations- und Verwaltungsabläufe durch eine Verbesserung der Unternehmenskultur wird möglich.

Die bisher eingeschränkten Führungsfunktionen können besser wahrgenommen werden.

Die nicht befriedigenden Verfahrensabläufe können verbessert werden.

Persönliche Netzwerke können hergestellt bzw. verbessert werden.

Die Struktur des Vorstandes kann mit dem Ziel der Verkleinerung überdacht werden.

Einsparungen durch Vermeidung von Doppelmietungen, z. B. für Kantinen, Sitzungsräume u. Ä., sind möglich.

Obwohl nicht im Vordergrund stehend, sind im Rahmen von Effizienzgewinnen auch Stelleneinsparungen unter Synergiegesichtspunkten in geringem Umfang möglich.

Mietkosteneinsparungen sind nicht nur möglich, sondern nach einer ersten Marktanalyse am neuen Standort wahrscheinlich.

Hinzu kommt, dass der Mietvertrag in Münster am 30.04.2004 endet und in Köln das angemietete Objekt kernsaniert werden muss und hierdurch eine einjährige Verlagerung in ein anderes Gebäude notwendig wäre.

(Zurufe von der CDU)

Dies ist ein weiterer Grund, jetzt zu handeln und nicht noch weitere Jahre zu warten.

Meine Damen, meine Herren, es kann nicht bestritten werden, dass die an beiden Betriebssitzen tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der jetzt vorgesehenen Zusammenlegung der beiden Betriebssitze an einem Standort erheblich persönlich negativ betroffen sind. Erlaubt sei hier aber der Hinweis, dass am allgemeinen Arbeitsmarkt, in der freien Wirtschaft bis hin zum Lehrstellen-Suchenden Flexibilität und Mobilität gefordert werden. Vor diesem Hintergrund sind nach unserer Auffassung die Mehrbelastungen durch längere Anfahrtswege für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Betriebssitze unter Abwägung aller Gesichtspunkte zumutbar.

Die Landesregierung wird von uns aufgefordert, alles zu tun, um soziale Härten zu vermeiden. Dieses gilt vor allem für den Einsatz von Teilzeitbeschäftigten. Bitte vergessen Sie nicht, dass sowohl in Köln als auch in Münster Standorte des Landesbetriebes mit jeweils mehr als 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bleiben und der Einsatz von Teilzeitkräften dort erreicht werden soll und erreicht werden kann.

Meine Damen, meine Herren, auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll der neue Standort für den Betriebssitz etwa in der geografischen Mitte der beiden bisherigen Betriebssitze errichtet werden. Als Standort ist nach Auffassung der SPD-Fraktion Gelsenkirchen vorzusehen. Dieser Standort erfüllt die geforderten Voraussetzungen. Außerdem ist die Entscheidung für gerade diese Stadt ein sehr positives strukturelles Zeichen.

Die zeitliche Mehrbelastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Betriebssitz Köln und Münster wird hierdurch etwa gleich verteilt. Dennoch bleibt für etwa 340 Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter eine tägliche zeitliche Mehrbelastung von knapp unter zwei Stunden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die finanziellen Vorteile für den Landesbetrieb und damit auch für unseren Landeshaushalt lassen sich heute auf Heller und Pfennig naturgemäß seriös nicht feststellen. In den ersten Jahren werden durch Trennungsentschädigungen, Fahrkostenersatz, Umzugsvergütungen und Büroumzüge Mehrkosten entstehen. Diese Mehrkosten sind aber in etwa drei, vier, fünf Jahren kompensiert und führen dann zu Einsparungen, die bei über 500.000 Euro jährlich liegen dürften.

Meine Damen, meine Herren, unter Abwägung der Interessen des Landesbetriebes, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und des Landeshaushaltes und damit im Interesse auch einer nachhaltigen Finanzpolitik ist die Zusammenlegung der beiden Betriebssitze an einem Standort nicht nur sinnvoll, sondern dringend angezeigt. Einsparungsmöglichkeiten für den Landeshaushalt müssen genutzt werden. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes schuldig.

Meine Damen, meine Herren, ich hoffe sehr, dass der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung eine breite parlamentarische Mehrheit findet. Soweit noch weiteres Informationsbedürfnis besteht, hoffe ich auf befriedigende Antworten bei der Beratung des Gesetzentwurfs in den Fachausschüssen. - Ich bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Siekmann. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt Frau Dr. Düttmann-Braun das Wort. Bitte schön.

Dr. Renate Düttmann-Braun¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren hier heute über eine anscheinend sehr kleine geplante Änderung im Gesetz zur Überleitung der bisher von den Landschaftsverbänden wahrgenommenen Aufgaben im Bereich Straßenbauverwaltung. Jeder, der sich mit dem Thema beschäftigt hat, weiß, welche große Wirkung mit der Streichung der Worte "mit den Standorten Köln und Münster" verbunden sein können und wahrscheinlich auch verbunden sein werden.

Bei der Beschäftigung mit der Gesetzesänderung kommt die Frage auf, warum die Worte Köln und Münster, die jetzt gestrichen werden sollen, vor drei Jahren überhaupt in den Gesetzestext aufgenommen wurden. War das Vertrauen in die Ver-

sprechungen des damaligen Ministerpräsidenten Clement - Köln und Münster bleibe Standort der Verwaltung des Landesbetriebes; keine Nachteile für die Beschäftigten - damals schon so gering, dass es einer Verstärkung durch den Gesetzestext bedurfte?

Aus heutiger Sicht muss man sagen: Es muss wohl so gewesen sein, denn es ist sehr ungewöhnlich, dass der Standort eines Unternehmens im Gesetz festgeschrieben wird.

Nun wissen wir alle: Gesetze sind nicht für die Ewigkeit gemacht. Auch das Zweite Modernisierungsgesetz ist nicht in Stein gemeißelt. Aber, es muss triftige Gründe für eine solche Änderung geben. Diese Gründe müssen zumindest so gravierend sein, dass sie einen Wortbruch rechtfertigen. Ein solcher Wortbruch wiegt schwer. Wortbruch ist zugleich auch immer Vertrauensbruch.

(Beifall bei der CDU)

Nun ist der Ministerpräsident leider nicht da. Ich hätte es ihm gerne selber gesagt. Worauf soll sich denn der Bürger in diesem Land noch verlassen können, wenn das Verfallsdatum der Versprechen des Ministerpräsidenten und unserer Gesetzestexte weniger als drei Jahre beträgt?

Nun könnte man auf die Idee kommen, dass den Aussagen des vormaligen Ministerpräsidenten keine Bedeutung mehr beizumessen ist und dass sie nicht mehr berücksichtigungswürdig sind. Ich persönlich glaube das zwar nicht, aber rein theoretisch kann man das durchaus bedenken. Selbst wenn es so wäre, dürfen wir doch davon ausgehen, dass die Worte des jetzigen Ministerpräsidenten ihm so wichtig sind, dass er auch danach handeln möchte.

Deswegen möchte ich an das erinnern, was Herr Steinbrück uns vor einem Monat in seiner Regierungserklärung zum Bericht der Bull-Kommission hier vorgetragen hat. Ich zitiere das einmal:

"Das Vertrauen der Beschäftigten in den Reformprozess ist die Grundbedingung seines Gelingens."

Etwas weiter, an einer anderen Stelle:

"Die Änderungen, die nötig sind, können nur gelingen und nachhaltig sein, wenn sie von den Beschäftigten in der Verwaltung mitgetragen werden."

Wir wissen alle, dass die von der jetzigen Regierung geplante Verlegung des Betriebssitzes des Landesbetriebes Straßenbau ins Ruhrgebiet von den Beschäftigten nicht mitgetragen wird. Warum

sollten sie auch? Die Beschäftigten haben nur Nachteile durch eine solche Maßnahme. Wer fährt schon gerne jeden Morgen und jeden Abend 1 ½ bis 2 Stunden zwischen Wohnung und Arbeitsplatz hin und her, vor allem wenn es ohne diese Fahrzeiten ginge und auch heute schon geht?

Ich möchte den Ministerpräsidenten an seine eigenen Worte erinnern. Es liegt erst einen Monat zurück, dass er das gesagt hat. Ich möchte ihn auch deswegen daran erinnern, damit dieser Vertrauensbruch nicht auch mit seinem Namen in Verbindung gebracht wird. Worte und Handeln passen hier absolut nicht zueinander.

Ich möchte jetzt auf die Gründe eingehen, warum es laut Verkehrsministerium zu einer Zusammenlegung kommen muss. Sie wurden eben schon einmal erwähnt, aber Sie werden sich vorstellen können, dass ich sie etwas anders gewichte.

Erstens. Es soll eine gemeinsame Unternehmenskultur geschaffen werden. - Eine solche gemeinsame Unternehmenskultur ist bereits durch den Umwandlungsprozess der vergangenen Jahre entstanden. Das wird auch nirgendwo bestritten. Aber vielleicht ist das der Aufmerksamkeit des Ministeriums entgangen. Das ist allerdings möglich,

(Zuruf von der SPD: Och, das wäre aber gemein!)

weil es mit der Unternehmenskultur im Ministerium wohl nicht ganz so weit her ist, vor allem nicht mit der Gesprächskultur zwischen dem Ministerium und den Beschäftigten des Landesbetriebs Straßenbau.

Das zweite Ziel, das angestrebt werden soll, lautet: Gemeinsame Netzwerke und eine verbesserte Kommunikation sollen entstehen. - Dass man, um eine verbesserte Kommunikation zu erzielen, Tür an Tür sitzen muss, ist beim heutigen Stand der Technik nicht mehr vermittelbar. Dieses Argument ist fadenscheinig und allzu durchsichtig, vor allem wenn man berücksichtigt, dass das Ministerium den Beschäftigten zugesichert hat, dass nach der Zusammenlegung vermehrt Telearbeitsplätze eingerichtet werden. Wenn vermehrt Telearbeitsplätze eingerichtet werden - und das auch möglich ist -, brauchen wir die Zusammenlegung nicht, denn dann kann das auch jetzt geschehen. Oder gibt es auch hier schon wieder das Problem mit der Verlässlichkeit der Aussagen? Das ist natürlich möglich.

Drittens. Doppelstrukturen sollen abgebaut werden. - Wenn man der Begründung zur Gesetzesänderung Glauben schenken darf, kann das nicht

mehr erreicht werden, weil es bereits erreicht ist. Ich zitiere aus der Drucksache 13/3818, die wir hier verhandeln:

"Zur Optimierung der Abläufe sind die Aufgaben zwischen den Standorten Köln und Münster weitestgehend in der Weise aufgeteilt worden, dass alle Aufgaben grundsätzlich nur noch an einem Standort - entweder in Köln oder in Münster - erledigt werden."

Viertens. Die Konkurrenzsituation zwischen den Betriebssitzen soll entfallen. - Um welche Konkurrenz handelt es sich denn dabei? Meinen Sie im Ministerium vielleicht doch nur die Konkurrenz auf der Leitungsebene? Es kann doch nicht sein, dass 450 Beschäftigte und deren Familien in ihrer Lebensqualität, ihrem Leistungswillen und ihrer Motivation durch die Zusammenlegung sehr stark beeinträchtigt werden, nur weil einige wenige sich nicht einigen können, wer denn nun das Sagen haben soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alle vom Ministerium genannten Gründe rechtfertigen eine Zusammenlegung nicht. Die Ziele sind alle vorgeschoben; zum Teil sind sie bereits erreicht. Noch schlimmer ist, dass durch die Zusammenlegung erhebliche Kosten entstehen werden. In den kommenden Jahren - das ist eben schon vorge tragen worden - rechnet man mit ca. 20 Millionen € für Umzugskosten, Wegestreckenentschädigung, Trennungsentschädigung und anderes mehr. Am geplanten Standort Gelsenkirchen müsste sogar neu gebaut werden, weil keine geeigneten Räume vorhanden sind. Das wird ja bekanntlich keinen einzigen Euro kosten. Ich weiß nicht, wie das gehen wird, aber kosten wird es sicherlich nichts.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Worin haben Sie eigentlich promoviert?)

- Lassen Sie nur. Meine Promotion ist so entstanden, dass ich heute noch darauf zurückgreifen könnte, aber bestimmt nicht zu diesem Thema.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Nicht viel Logik drin!)

Wir machen das alles - die Zusammenlegung -, ohne dass es zu Effizienzsteigerungen kommt, die diese zusätzlichen finanziellen Lasten auch rechtfertigen würden. Hinzu kommen die aus ökologischer Sicht nicht zu vertretenden zusätzlichen Fahrtstrecken, die durch die Zusammenlegung notwendig werden.

Mit diesem Argument wende ich mich besonders an die Kollegen aus der grünen Fraktion, denn die Ökologie spielt bei Ihnen sonst immer eine sehr

große Rolle. Ich hoffe sehr, dass das auch in diesem Zusammenhang nicht vergessen wird.

Wenn die vom Ministerium genannten Gründe für die Zusammenlegung nicht tragfähig - davon gehe ich aus - und die ökonomischen und ökologischen Nachteile offenkundig und beträchtlich sind, muss die Frage gestellt werden: Ja, warum will die Regierung es überhaupt noch?

Auch darauf kann es mehrere Antworten geben. Ich biete Ihnen zwei an. Die erste wäre: die bewusste wirtschaftliche Schwächung des Münsterlandes.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Och!)

Das könnte beabsichtigt sein oder zumindest billigend in Kauf genommen werden.

Das zweite Ziel könnte sein, einen Teil der Beschäftigten in die Kündigung zu treiben. Der Vorteil für das Land liegt dabei auf der Hand, denn vor drei Jahren wurden den damaligen Mitarbeitern in den Überleitungstarifverträgen erhebliche Zugeständnisse gemacht. Wenn diese jetzt kündigen sollten, würden diese Zugeständnisse für die neu einzustellenden Mitarbeiter nicht mehr gelten. Das wäre allerdings eine ganz neue und mir bisher nicht bekannte Definition von Sozialverträglichkeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass wir in den kommenden Wochen in den Ausschussberatungen gemeinsam zu dem Ergebnis kommen werden, dass die Zusammenlegung der beiden Verwaltungssitze nicht notwendig, nicht sinnvoll und nicht wünschenswert ist und damit auch nicht stattfinden sollte. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Dr. Düttmann-Braun. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr verehrte Frau Präsidentin! Lassen Sie mich zu Beginn auf eines eingehen, Herrn Horstmann, was ich wirklich bemerkenswert fand. Ihr Kollege von der SPD, Herr Siekmann hat immerhin die Traute gehabt, einen Standort zu nennen. Sie haben in einer Art und Weise herumgeeiert, die erstaunlich war.

(Beifall bei der FDP - Edgar Moron [SPD]: Warum wir? Wir haben eine Entscheidung getroffen!)

- Herr Horstmann, der ja auch Mitglied der SPD-Fraktion ist, hat das nicht getan. - Es ist auch an dieser Stelle auffällig, dass Sie sich offensichtlich wieder einmal intern zanken und nicht einigen können.

Die Aussagen der Landesregierung gegenüber dem Parlament, dass man die beiden Betriebssitze an einem Standort zusammenführen will, dass dort Synergieeffekte eintreten und was gerade an Begründungen noch genannt worden ist, sind natürlich auf den konkreten Standort zu beziehen. Wenn mir hier der zuständige Minister erzählt, dass sich das alles amortisiert und in Kürze rechnen wird, dass man die und die Vorteile davon habe, setzt das voraus - so hatte ich bisher das eine oder andere Mitglied dieser Landesregierung auch verstanden -, dass Sie sich seriös mit dieser Thematik auseinander setzen wollen.

Ein zweiter Punkt, der gerade schon aufgegriffen worden ist, ist die Glaubwürdigkeit. Es ist versprochen worden, die Standorte sollen bleiben. Gerade ist gesagt worden, es habe keine Ewigkeitsgarantie gegeben. - Es wäre sehr interessant, einmal in die Diskussion einzusteigen, wie Sie - die Landesregierung und die sie stützenden Fraktionen - denn Ewigkeit definieren. Ich kann nur hoffen, wenn bei Ihnen die Ewigkeit zwei Jahre dauert, dass Sie dann maximal noch eine Ewigkeit regieren.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Als westfälischer Protestant halte ich mich da heraus!)

Es ist zutreffend gesagt worden, etwa dass man mit dem knappen Geld der Steuerzahler verantwortungsvoll umgehen muss. Lassen Sie mich aber einige Fragen stellen, die bisher in keiner Weise beantwortet worden sind. Auch im Unterausschuss "Landesbetriebe und Sondervermögen" des Haushalts- und Finanzausschusses sind die Planungen nicht plausibel und konkretisiert erklärt worden. Ich will einige Fragen ansprechen, die wir hinterher in den Fachausschüssen noch vertiefen werden. Dazu erhoffe ich mir stichhaltige Antworten und Argumente, um beurteilen zu können, ob man einem solchen Verfahren zustimmen kann oder es ablehnen muss. Bisher sind Sie Antworten schuldig geblieben.

Wir müssen wissen, welche Summe genau investiert worden ist. Nach meinem Kenntnisstand ist bisher an den beiden bisherigen Standorten sehr umfangreich investiert worden bis hin zu einem gemeinsamen IT-Netzwerk, bis hin zu Organisationsuntersuchungen, um die Abläufe zu optimieren. All das soll also umsonst gewesen sein? Wie soll das in Zukunft aussehen?

Sie argumentieren, dass bei einer Zusammenlegung Mietkosten wegfallen. Wie sieht es denn mit der Entlassung aus den bestehenden Mietverträgen aus? Es ist lediglich angeführt worden, dass der Mietvertrag in Münster ausläuft. Gilt das auch für Köln? Diese Frage möchten wir gerne geklärt haben.

Kollege Siekmann hat gerade gesagt, dass im ersten Jahr einige Mehrkosten anfallen. Wie wollen Sie diese Kosten für das erste Jahr bei der derzeitigen desolaten Haushalts- und Finanzsituation überhaupt auffangen?

(Beifall bei der FDP)

Es gelingt Ihnen nicht einmal, den aktuellen Haushalt auf die Reihe zu bekommen. Und dann sagen Sie: In 20 Jahren wird alles besser.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Deswegen hätte ich schon gerne präzise gewusst, welche Summen beispielsweise an Trennungsschädigungen, an Reisekosten anfallen. Welche Investitionen sind an dem neuen Standort aufzuwenden, wo auch immer er sein mag, ob in Gelsenkirchen, wie es die SPD-Fraktion gerne möchte, oder in "Pusemuckel"?

(Minister Dr. Axel Horstmann: Das liegt nicht in Nordrhein-Westfalen!)

Außerdem erwarte ich von Ihnen, klar darzulegen, nach welchen Kriterien Sie den Standort ausgesucht haben. Ich hätte auch gerne Beispielrechnungen für verschiedene Standorte. Denn Arbeitslosigkeit - zur Arbeitslosenquote können Sie Ihren zuständigen Fachkollegen Herrn Schartau fragen - gibt es in Nordrhein-Westfalen in mehreren Städten, nicht nur an dem vom Kollegen Siekmann angeführten Standort Gelsenkirchen. Ich bitte Sie, präzise die Kriterien zu nennen, nach welchen Gesichtspunkten Sie den neuen Standort aussuchen wollen. Dann ziehen wir einen Strich darunter und schauen, was das tatsächlich an Einsparungen oder Kostensteigerung bringen soll.

Ich habe erhebliche Bedenken, ob die von Ihnen in Aussicht gestellten Einsparungen - Herr Kollege Siekmann hatte 500.000 € pro Jahr angekündigt - eintreten. Das ist eine Menge Geld, mit der man etwa Schulden tilgen, die Pensionsverbindlichkeiten reduzieren, in den Straßenbau investieren oder für mehr Lehrer sorgen könnte, um endlich den Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen zu beseitigen. Mit 500.000 € könnte man wahrlich etwas machen.

Mich würde interessieren, wann sich diese 500.000 € an Einsparungen ergeben sollen.

Es gibt also sehr viele offene Fragen. Frau Düttmann-Braun hat gerade schon andere offene Punkte genannt, was den Bereich der Beschäftigten angeht. Mir ist bislang auch nach der Motivationserklärung des Ministerpräsidenten nicht klar - Frau Düttmann-Braun hat genau diesen Punkt angesprochen -, wie die Beschäftigten, die Personalvertretungen und die Geschäftsführung bislang in den Prozess eingebunden sind.

Nach den selektiven Schilderungen, die ich bekommen habe, gibt es große Widersprüche zwischen den einzelnen Aussagen dieser Landesregierung. Vielleicht passt auch das wieder zur fehlenden der Glaubwürdigkeit; diese Landesregierung hat das vor zweieinhalb Jahren gegebene Versprechen gebrochen. Wir werden das in den entsprechenden Ausschüssen sehr sorgsam prüfen, bezogen insbesondere auf die in Aussicht gestellten Einsparungen und Synergieeffekte.

Uns interessiert: Gibt es Personaleinsparungen? Wie soll das sozialverträglich vonstatten gehen? - Und halten Sie uns nicht für so dumm zu glauben, dass es ausreiche, eine Kantine einsparen zu können. Da müssen Sie schon andere, echte Argumente bringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Minister Dr. Axel Horstmann: Guter Hinweis!)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Sagel.

(Heinrich Kruse [CDU]: Da sind wir richtig gespannt! Jetzt kommt Ihre Stunde, Herr Sagel!)

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Anwesende! Herr Präsident! Ich freue mich natürlich, dass Sie meine Rede mit Spannung erwarten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das sollten die öfter tun!)

Ich möchte zunächst einmal eine grundsätzliche Feststellung machen: Bei der im Zuge der Reform der Mittelebene 2001 erfolgten Umwandlung der bis dahin bei den Landschaftsverbänden angesiedelten Ämter für Straßenbau ist gesetzlich geregelt worden, dass die Standorte Köln und Münster als Betriebssitze erhalten bleiben. Dafür gibt es aus meiner Sicht auch weiterhin gute Argumente, auf die ich im Weiteren noch eingehen werde.

Ich möchte aber zunächst einmal kurz einige Aspekte unseres gestrigen, wie ich finde, sehr vernünftigen Fraktionsbeschlusses etwas klarer for-

mulieren: Uns geht es darum, dass die Sozialverträglichkeit gewährleistet bleibt, es Akzeptanz unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gibt und nachweislich Einsparungen und eine effektivere Arbeit gewährleistet werden.

(Zuruf von der CDU: Den Grundsatz haben wir auch!)

Ganz besonders an die SPD und an den Herrn Minister richten möchte ich außerdem die Bemerkung: Aus unserer Sicht besteht dafür eine - ich betone - besondere Begründungs- und Sorgfaltspflicht gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sie leitet sich aus den Versprechungen ab, die den Mitarbeitern gerade von der SPD gemacht worden sind.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Okay!)

Ich möchte jetzt nicht noch einmal alles zitieren, was heute schon zitiert worden ist, so auch nicht etwa die Äußerung von Ministerpräsident Clement, die er am 20.04.2000 in einem Brief an die Mitarbeiter niedergeschrieben hat, in dem er sich zu dem Grundsatz der Sozialverträglichkeit bekennt, zusagt, dass sich niemand Sorgen um den Erhalt des Arbeitsplatzes machen müsse usw.

Ich will in diesem Zusammenhang aber auch an die SPD-Fraktion appellieren, sich nicht zuletzt in dieser Frage an ihre Zusagen zu erinnern, und zwar einmal an ihre Einlassung von 1999: Die Beibehaltung der bisherigen Standorte ist durch Vermeidung von Umzügen sozialverträglich und kostensparend.

Dazu zählt ferner das Schreiben der SPD-Fraktion vom 13.08.2002, also verfasst vor gerade einmal sechs Monaten:

„Unsererseits bestehen zurzeit keine Änderungspläne hinsichtlich der Organisationsstruktur des Landesbetriebs Straßenbau. Eine Evaluation der Maßnahmen des zweiten Modernisierungsgesetzes ist nicht angedacht.“

Das haben Sie noch vor sechs Monaten gesagt.

(Edgar Moron [SPD]: Das war auch so!)

Bisher konnte uns Herr Horstmann nicht verdeutlichen und keine überzeugenden Argumente zur Entkräftung der Befürchtung liefern, dass es durch eine Zusammenlegung in den nächsten Jahren nicht sogar zu dauerhaften Mehrausgaben kommt. Das Ministerium spricht mittlerweile selber von Mehrkosten. Dem würden jährliche Einsparungen von rund 500.000 € gegenüberstehen.

Die Konzentration des Landesbetriebs Straßenbau an einem neuen Standort verursacht nach

meinen Informationen Umzugskosten und Kosten für Trennungsschädigung in Höhe von ca. 6 bis 10 Millionen €, und dazu kommen noch die Überbrückungsgelder. Einen nachvollziehbaren und belegten Begründungszusammenhang gibt es bisher vom Ministerium nicht.

Immer wieder wurde, wie von Herrn Ministerialdirigent Krell gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auf Effizienzgewinne und aufgrund der Immobiliensituation auf niedrigere Mietkosten hingewiesen. Heute ist in der „WAZ“ zu lesen, dass die Immobilienfrage in der SPD-Fraktion überhaupt keine Rolle mehr gespielt haben soll. Wenn ich jetzt höre, dass man beabsichtigt, in Gelsenkirchen ein völlig neues Verwaltungsgebäude zu bauen, und noch gar keine Klarheit besteht, ob es rechtzeitig fertig wird, frage nicht nur ich mich, ob das alles so richtig ist, wenn man z. B. die Immobiliensituation und die Angebote der Stadt Münster betrachtet oder die Tatsache berücksichtigt, dass der Mietvertrag in Köln noch bis zum Jahre 2009 läuft.

Zumindest brauchen wir endlich eine genaue Kostenaufstellung, u. a. einen Mietspiegel; denn es ist bisher nicht nachgewiesen, dass es nicht sogar zu Mehrbelastungen für den ohnehin zurzeit sehr problematischen Landeshaushalt kommt. Sehr geehrter Herr Siekmann, Sie sind gegenüber dem Steuerzahler verpflichtet, diesen Nachweis zu erbringen. Sie haben nämlich gerade noch einmal auf den Steuerzahler hingewiesen.

Außerdem wurde den Mitarbeitern am 22. März verkündet, es würde keine einzige Stelle abgebaut. Die grüne Fraktion fordert, die Belange der Mitarbeiter besonders zu berücksichtigen. Zu diesem Komplex ist vom Ministerium nur Widersprüchliches zu hören. Denn wie will man z. B. beim Schreibdienst und in der Registratur 30 Stellen abbauen, obwohl es insgesamt nur 30,5 Stellen gibt?

(Lachen bei der CDU)

Das ist übrigens auch von Herrn Krell gesagt worden.

Und auch Ihre Aussage, Herr Siekmann, bezüglich der Senkung der Beschäftigtenzahl um 160 wirft genauso offene Fragen auf wie Ihre allgemeine Einschätzung, Stelleneinsparungen seien möglich. Wir möchten von der SPD und dem Herrn Minister schon sehr genau wissen wollen, wie das konkret aussehen soll. Das sind alles offene Fragen, die bisher nicht geklärt sind.

Es gibt bisher keinen akzeptablen Vorschlag im Sinne der mehr als 450 Beschäftigten. Die Fahr-

zeiten würden unerträglich verlängert. Das ist aus grüner Sicht unökologisch, nicht familienfreundlich und auch nicht motivationsfördernd. Eine große Zahl der betroffenen 450 Mitarbeiter des Betriebes ist im operativen Geschäft tätig. Auch diese müssten in Zukunft von ihrem Wohnsitz in der Umgebung Kölns oder Münsters ins Ruhrgebiet pendeln, um von dort wieder in die Regionen zu fahren. Ich halte das für betriebs- und volkswirtschaftlichen Unsinn.

(Beifall bei der FDP)

Worin soll denn der Nutzen bestehen, wenn die Beschäftigten Tausende von Stunden in der Woche zur Arbeit pendeln müssen? Das bringt völlig unnötige Belastungen mit sich.

(Beifall von Winfried Schittges [CDU])

Die Landesregierung hat den 450 Beschäftigten in Münster und Köln noch im Jahre 2000 versprochen, dass sie ihre Aufgaben in Zukunft an gewohnter Stelle erfüllen können. Nicht umsonst sind die Standorte Münster und Köln als Betriebs-sitze des Landesbetriebs gesetzlich geregelt worden. Herr Minister Horstmann - und das gilt offensichtlich auch für die SPD -: Sie müssen uns, wenn Sie das rückgängig machen wollen, überzeugende Argumente bringen. Bisher haben wir die nicht.

(Edgar Moron [SPD]: Die liegen Ihnen vor; Sie haben sie nur noch nicht zur Kenntnis genommen!)

- Herr Moron, ich kann Ihnen nur sagen: Da gibt es nach wie vor Klärungsbedarf, den Sie überzeugend befriedigen müssen. In Münster sind allein in den letzten zehn Tagen über 4.000 Unterschriften gegen diese Zusammenlegung gesammelt worden. Das zeugt nicht gerade von Vertrauensbildung. Es kann nicht allein um den Standort gehen und darum, möglichst schnell Fakten zu schaffen, wie es die SPD jetzt mit der Standortentscheidung gemacht hat.

Wir wollen, dass man sich erst einmal um die sozialen Belange der Beschäftigten und die ihnen noch vor kurzem gemachten Zusicherungen kümmert, dass - zweitens - die Auswirkungen auf den Landeshaushalt konkretisiert werden und drittens tatsächlich Effizienzgewinne entstehen, also auf den ohnehin schon problematischen Landeshaushalt nicht noch zusätzliche Belastungen zukommen.

Das sind unsere konkreten Forderungen. Wir werden auch in den nächsten Wochen in den Diskussionen in den Ausschüssen darauf dringen, dass diese Dinge geklärt werden, und zwar so,

dass sie auch in der Öffentlichkeit überzeugend dargestellt werden können. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. - Für die Landesregierung spricht jetzt Minister Kuschke, der damit eine neue Runde für die Landesregierung eröffnet. Das heißt: Die anderen Fraktionen bekommen entsprechend mehr Redezeit.

Wolfram Kuschke, Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Düttmann-Braun, Sie werden verstehen, dass ich Ihre Wortwahl in Bezug auf den "Vertrauensbruch" so nicht stehen lassen kann. Ich kann auch Ihren Verweis auf den Bericht der Bull-Kommission überhaupt nicht nachvollziehen. Sie hätten vielleicht besser den Bericht komplett gelesen. Zumindest hätte sich das Lesen der Kurzfassung angeboten. Dann wäre Ihnen möglicherweise aufgefallen, dass es hier um die Zukunft der öffentlichen Verwaltung geht. Es steht die Frage an, wie wir unsere Verwaltungsstrukturen vernünftig, effektiv, ökonomisch und möglicherweise sogar nachhaltig ordnen. Dabei muss versucht werden, die Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu berücksichtigen.

Es gibt einen weiteren Hinweis von mir. Der geht ebenfalls an Sie, Frau Abgeordnete Düttmann-Braun, sowie an den Abgeordneten Herrn Sagel. 25 Jahre meines Lebens habe ich in Münster verbracht. 13 Jahre war ich Abgeordneter. Bei allem Verständnis für den Einsatz für die Belange des eigenen Wahlkreises bzw. der Heimatstadt: Sie sind auch verpflichtet, Dingen, die über den Wahlkreis hinausgehen, Gewicht beizumessen.

(Zuruf von der CDU: Ganz genau! Das ist es!)

Ich erkenne zwar sportlich an, was Sie beabsichtigen, aber Sie müssen zumindest vernünftig und fair argumentieren. Das habe ich jedoch vermisst. Ich mache da im Übrigen einen deutlichen Unterschied zu dem, was die Abgeordnete Frau Freimuth hier gesagt hat. Sie hat nämlich Fragen formuliert, von denen ich glaube, dass sie von dem zuständigen Minister im weiteren Verlauf der Beratungen vernünftig beantwortet werden können.

Lassen Sie mich außerdem auf die Ausgangssituation damals im Zusammenhang mit dem zweiten Modernisierungsgesetz eingehen. Wenn sich nach einer Entscheidung im Rahmen des zweiten Modernisierungsgesetzes für das zuständige Mi-

nisterium die Chance ergibt, die Strukturen auf Änderungsnotwendigkeiten zu hinterfragen, damit sich herauskristallisierenden Anforderungen Rechnung getragen werden kann, dann würden Sie das von uns in Nordrhein-Westfalen, und zwar vom Ministerpräsidenten oder von der gesamten Landesregierung, verlangen. Sie haben in den vergangenen 10 bis 15 Jahren in ähnlichen Situationen immer wieder versucht, die Landesregierung diesbezüglich zu treiben. Sie haben immer wieder beklagt: Ihr tut zu wenig in Bezug auf vernünftige Strukturen im Bereich der Verwaltung. Ihre Fragen lauteten: Warum tut Ihr da nichts?

Frau Düttmann-Braun, lassen Sie mich noch eine Anmerkung unter dem Stichwort "Beschäftigte in die Kündigung treiben" machen. Insofern bitte ich Sie herzlichst und inständig, noch einmal darüber nachzudenken, was Sie da gesagt haben. Kein Einziger wird in die Kündigung getrieben. Es handelt sich dort um Beschäftigte in unbefristeten Arbeitsverhältnissen. Gehen Sie einmal mit Ihrer Argumentation in die Industrieunternehmen. Unterhalten Sie sich mit den dort Zuständigen einmal über notwendige Strukturveränderungen. Sie müssen sich vor Augen führen, dass Sie mit ganz unterschiedlichen Ellen an diese Dinge herangehen.

Wenn es nach Abschluss der notwendigen Beratungen in der Landesregierung und in den parlamentarischen Gremien zu einer solchen Entscheidung kommt, dann kann es doch gar keine Frage sein, dass der Umgang mit den Beschäftigten so funktionieren muss, wie das mit dem Etikett "sozialverträglich" richtig beschrieben worden ist. Aber es muss möglich sein, meine Damen und Herren, notwendige strukturelle Veränderungen auch in Nordrhein-Westfalen hinzukriegen, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Situation. Brächten wir notwendige Maßnahmen nicht auf den Weg, würden Sie uns das - das garantiere ich Ihnen - in Zukunft vorhalten.

Die Landesregierung hat auf Vorschlag des zuständigen Ministers eine entsprechende Initiative ergriffen. Ich gehe davon aus, dass nach den Beratungen in den parlamentarischen Gremien dieser Weg auch weiter verfolgt wird. Es schien mir sinnvoll zu sein, im Hinblick auf einige Äußerungen, die hier getätigt worden sind, insbesondere in Richtung des Herrn Ministerpräsidenten, für Klarstellung zu sorgen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU:
Aber nicht überzeugend!)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister Kuschke. - Für die Fraktionen gilt -

falls sie Wert darauf legen -, nun bis zu vier Minuten zusätzliche Redezeit in Anspruch nehmen zu dürfen. - Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Schittges das Wort.

Winfried Schittges (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind alle gerne auf Schalke, aber was die SPD dazu getrieben hat, Gelsenkirchen auszuwählen, das entzieht sich jedem Sachverstand.

(Edgar Moron [SPD]: Nein, überhaupt nicht!)

Wir waren nicht imstande, meine Damen und Herren, den Kopf in Bezug auf die Standorte, die in den letzten Wochen genannt worden sind, schnell genug zu wenden. Bochum, Essen und Hagen waren im Gespräch. Nun kommt Schalke. Das Fazit kann nur heißen: Die Lostrommel hat obliegt. Etwas anderes kann das nicht gewesen sein. Deshalb sage ich noch einmal: Diese Entscheidung ist schlimm. Ich will zu einigen Tatbeständen kommen.

Wissen Sie, meine Damen und Herren, was mich am meisten schockiert hat? - Die Aussage des Ministers, "mit Steuergeldern der öffentlichen Hand muss man vernünftig umgehen". - Das sagt der Metrorapid-Minister. Man muss sich das einmal vorstellen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dass mit Zahlenwerken, die nicht mehr nachvollziehbar sind, die sogar unerträglich sind, gearbeitet wird, kann ich nicht verstehen. Herr Kollege Siekmann, ich halte Sie für einen immer wieder sehr ehrlichen und offenen Partner. Sie haben auch eine Zahl genannt, nämlich 500.000 € sollten eingespart werden. Meine Damen und Herren, wenn der Minister heute gekommen wäre und gesagt hätte, wir übergeben den gesamten Straßenbau wieder an die Landschaftsverbände, weil das für das Land Einsparungen von 50 Millionen bedeutet, so wäre eine solche Aussage zeitgemäß gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Man muss sich das einmal vorstellen: Da kommt jemand mit einem Einsparvolumen von 500.000 €. Da wird ein völlig neuer Standort unter dem Gesichtspunkt - wie hat Herr Siekmann es formuliert? - "Impulse für eine strukturschwache Region zu bringen" in die Diskussion gebracht!

(Erneut Heiterkeit bei der CDU)

Die großen Aufträge werden europaweit ausgeschrieben. Dass da ein örtlicher Bauunternehmer

im Umfeld von Gelsenkirchen profitieren könnte, ist doch ein Witz.

Und viele von den Mitarbeitern, die an den neuen Standort müssen, sind schnell weg. Sie werden feststellen, dass sich viele schnellstmöglich verabschieden. Das gilt nicht nur für ein Drittel, nämlich die 160. Es werden wesentlich mehr sein. Die Guten verschwinden schnell, weil sie die zweite Wende nicht mehr mitmachen. Ich war doch dabei. Ich habe doch mitbekommen, was die Mitarbeiter gesagt haben. Schauen Sie sich doch einmal im Internet an, was die Leute aufgrund dieser Diskussion um die Zusammenlegung der Betriebssitze - wohin auch immer das gehen sollte - schreiben. Das macht doch keiner mehr mit.

Von daher ist der Hinweis der Kollegin Düttmann-Braun völlig zutreffend: Nach der Verstaatlichung und insbesondere nach dieser Diskussion glaubt der Landesregierung niemand mehr.

Finanzfragen können dabei auch keine Rolle gespielt haben. Dies gilt auch für die Frage der Unterbringung. Ich weiß, wo man untergebracht ist und dass zu einem vergleichbaren Mietzins ein Neubau in der Hermann-Pünder-Straße in Köln angeboten wird. Auch der Kollege Kirsch aus Münster hat mir heute Vormittag gesagt: Wir ringen darum, diese zu halten, allerdings zu halbwegs vertretbaren Konditionen. Wir gehen nicht hin und geben diesen Betriebssitz unter dem Gesichtspunkt, dass das Land ein Sozialhilfefall ist, auf. Das kommt nicht infrage. Wir wollen vernünftiges Geld haben.

Und über Folgendes lacht man sich halb tot - wir haben es immer wieder betont, aber die Menschen haben nicht uns, sondern teilweise dem Land geglaubt -: Als Innenminister Behrens vor zwei Jahren angekündigt hat, bestimmte Dinge abzubauen, haben wir entgegnet, das könne doch nicht sein, weil die Mittel des Bundes noch fließen. Da war von 1.500 Stellen die Rede. Sie dürfen davon ausgehen: Der Straßenbau bleibt der Sparstrumpf der Landesregierung. Da sie ansonsten die kw-Stellen nicht realisieren kann, braucht sie den Straßenbau dafür und geht ihn an.

Ich halte das für einen der unglaublichsten Vorgänge. Ich empfinde es nicht nur so wegen der Diskussion in der Vergangenheit, sondern weil ich weiß, dass die Landschaftsverbände 120 Jahre lang für den Bund vernünftig Straßenbau betrieben haben. Was jetzt passiert - auch über die Regionalräte -, ist politisch nicht verkraftbar.

Ich sage Ihnen offen und klar: Ich kann nur darum bitten, dass die Diskussion - Herr Sagel, heute haben Sie mir ausgesprochen gut gefallen; so gut

habe ich Sie noch nie erlebt - so konsequent beibehalten wird, wie das eben von Ihnen beantragt worden ist. In diesem Sinne hoffe ich, dass die SPD von ihrer Lösung abrückt. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Schittges. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Moron.

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist schon eine merkwürdige Situation: Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland große ökonomische Probleme. Viele Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ihre Arbeitsplätze wechseln. Unternehmen werden geschlossen. Andere Unternehmen schließen sich zusammen. Neue Standorte entstehen. Der Arbeitnehmer soll flexibel und an die verschiedenen Standorte anpassbar sein. Reden wir aber über den öffentlichen Dienst, dann ist all das demjenigen, der davon betroffen ist, nicht mehr zumutbar. Das ist unglaublich.

Das sollte man den Menschen erklären, die pausenlos und permanent davon bedroht sind, ihren Arbeitsplatz wechseln zu müssen, und zwar nicht nur wie hier zwischen Köln und Münster in Richtung Gelsenkirchen, sondern über Bundesländer hinweg. Das muten wir jedem zu. Hier tun wir aber so, als breche die Welt zusammen.

Nein, liebe Freunde, das ist wirklich Messen mit zweierlei Maß. Und so argumentieren nur diejenigen, die nur auf ihre Wählerklientel vor Ort schauen, aber nicht das Gesamtwohl im Auge haben. Genau das haben Herr Sagel und Sie, Frau Düttmann-Braun, hier getan. So ist das nämlich.

(Beifall bei der SPD)

Dann frage ich - immerhin hat einer unserer Koalitionspartner hier geredet, und zwar gegen die Koalition -, ob es nicht zutreffend ist, dass der Gesetzentwurf, der zur Beratung anliegt, vom Kabinett verabschiedet worden ist und die beiden Unterschriften der Ministerin und des Ministers, die bzw. der der grünen Partei angehört, trägt? Ist das nicht so?

(Beifall bei der SPD)

Ich frage unseren Koalitionspartner, wie es um das Behandeln von Regierungsvorlagen steht. Machen wir es so, oder machen wir es nicht so? - Dann müssen Sie sich schon überlegen, meine Herren - Herr Eichenseher hat schließlich eine ähnliche Buchung wie Herr Sagel -, was Sie wollen. Das müssen Sie deutlich machen. Man kann

nicht innerhalb der Koalition Opposition spielen, obwohl die eigenen Minister zugestimmt haben. Das wird nicht gut gehen. Das funktioniert höchstens kurze Zeit. So geht es nicht.

Nun, meine Damen und Herren: Worum geht es in dieser Angelegenheit? - Es gibt beim Landesbetrieb Straßenbau in Nordrhein-Westfalen etwa 7.000 Mitarbeiter.

(Winfried Schittges [CDU]: 6.900!)

- Na ja, dann sind es ein paar weniger.

(Winfried Schittges [CDU]: Das muss man wissen!)

- Nein, das sind Petitesse, Herr Schittges.

Davon werden in der Größenordnung von etwa 400 ihren Arbeitsplatz verlagern müssen. Die anderen bleiben dort, wo sie sind. Das haben wir auch so zugesagt. Es geht um die Kopfstellen. Es geht um die Leitung des 7.000 Leute umfassenden Unternehmens.

Dass das Unternehmen an zwei Stellen geführt wird, war damals, als wir diese Entscheidung getroffen, offenbar keine optimale, vielleicht sogar eine falsche Entscheidung. Das korrigieren wir jetzt. Was ist falsch daran, etwas zu korrigieren, wenn man merkt, dass irgendetwas nicht so funktioniert, wie man es ursprünglich gedacht hat? Müssen wir eine falsche Entscheidung auf Dauer fortsetzen, bloß weil es lokale Interessen daran gibt, und zwar zum Nachteil des Landes und zum Nachteil des Unternehmens? - Das kann man doch als Politiker nicht ernsthaft vortragen. Das ist doch Unsinn.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir bei Abwägung aller Kriterien, die dabei eine Rolle spielen, eine solche Entscheidung mittragen, die uns die Landesregierung hier vorgelegt hat.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Moron, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Freimuth?

Edgar Moron (SPD): Ist meine Redezeit schon zu Ende, oder habe ich noch genug Zeit?

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Sie haben noch genug Zeit.

Edgar Moron (SPD): Dann bitte schön.

Angela Freimuth (FDP): Herr Moron, können Sie sich vorstellen, dass es auch in anderen Bereichen Änderungsbedarf bei bisher getroffenen politischen Entscheidungen dieser Landesregierung gibt?

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Moron.

Edgar Moron (SPD): Ich habe keine Ahnung, was Sie mit Ihrer Frage meinen. Ich habe sie nicht verstanden. Die müssen wir vielleicht noch einmal intern besprechen. Aber so habe ich sie nicht verstanden.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um das klar zu sagen: Die Informationen liegen auch Herrn Sagel vor. Er will sie nur nicht zur Kenntnis nehmen. So ist das. Ich sage das hier in aller Deutlichkeit, weil wir uns in dieser Frage attackiert fühlen: Die Informationen, die er erbeten hat, liegen vor. Er nimmt sie nicht zur Kenntnis und bewertet sie anders.

Wir haben nach Beratung in unserer Fraktion in dieser Frage eine Standortentscheidung getroffen. Es haben mehrere Standorte zur Wahl gestanden, und wir haben sehr zügig entschieden. Das ist auch richtig so.

Im Übrigen würde ich gerne mal hören, wie sich die Kolleginnen und Kollegen aus Gelsenkirchen aus den anderen Fraktionen - bei der CDU-Fraktion gibt es wohl einige - zu dieser Frage einlassen. Vielleicht dürfen sie sich bei Ihnen auch äußern und sagen, sie hätten es nicht so gern.

Also, lassen Sie die Kirche im Dorf. Das ist eine vernünftige Entscheidung, und Gelsenkirchen ist ein guter Standort.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Moron. - Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion interessiert sich für die Gründe der Zusammenlegung der beiden Betriebssitze in Köln und Münster. Wir kennen sie nicht. Die Räumlichkeiten muss man vielleicht wechseln.

Aber in beiden Städten werden geeignete Räumlichkeiten zu vernünftigen Preisen angeboten. Die Raumsituation kann also kein Grund sein.

Dann wäre die Möglichkeit, die Frage zu stellen - wie es Minister Kuschke getan hat -, wie es mit der Effizienz aussieht, mit Synergieeffekten, mit Einsparmöglichkeiten. Minister Kuschke hat selbst gesagt: Die Fragen werden wohl beantwortet. - Daraus muss ich ableiten: Er selber kennt die Antworten noch nicht.

Auch diese Antworten hätten wir gerne. Wir werden Ihnen diese Fragen im Verkehrsausschuss - dort haben wir das beantragt - erneut stellen und konkrete Antworten verlangen. Ich gehe davon aus, die können Sie uns auch geben.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Selbstverständlich!)

Es ist ein umfangreiches Gutachten erstellt worden, das sich beschäftigt mit den neuen Strukturen dieser Betriebssitze, mit einer neuen Unternehmenskultur und mit neuen Verfahrensabläufen. Dieses Gutachten wird gerade umgesetzt. Und bevor es überhaupt umgesetzt ist, machen Sie schon wieder ein neues Fass auf. Wofür haben Sie das Gutachten dann überhaupt gemacht? Das ist ein solches Hickhack, das kein Mitarbeiter und auch hier im Plenum so gut wie niemand verstehen kann.

(Beifall bei der FDP)

Im Moment läuft ja ein neues Gutachten für jede einzelne Niederlassung. Was haben Sie denn da vor, meine Herren vom Ministerium? Wollen Sie auch die Niederlassungen zu einzelnen Standorten zusammenführen? Vielleicht gibt es dann noch zwei Standorte, einen in Köln und einen in Münster. Denen wird dann aufgebrummt, was Sie hier für einen Unsinn machen.

Wir wollen nur Antworten auf unsere Fragen. Wir können nicht begreifen, dass Sie unsere Fragen nach Gründen nicht beantworten.

Herr Moron, ich kann die Mitarbeiter schon verstehen, die sich mit der Frage beschäftigen: Hat diese Landesregierung schon vor zwei und drei Jahren vorgehabt, diese beiden Sitze zusammenzuführen, und nur damals den Mut nicht gehabt, es offen zu bekennen?

(Beifall bei der FDP)

Diese Diskussion läuft doch vor Ort. Sie könnten diese Diskussion ganz leicht beenden, indem Sie Gründe nennen. Dann verstehen die Mitarbeiter das auch. Das sollten Sie tun.

Herr Sagel hat in seinem Beitrag die Sache eigentlich auf den Punkt gebracht. Er hat aus der gestrigen Fraktionssitzung berichtet und die Zu-

stimmung der Fraktion der Grünen an eine Forderung gekoppelt. Er hat gesagt: Der Zusammenschluss erfolgt nur mit Zustimmung der Grünen, wenn die Akzeptanz bei den Mitarbeitern hergestellt wird.

Es ist doch jetzt eine ganz leichte Vorgehensweise, meine Damen und Herren, vor der zweiten Lesung eine Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchzuführen. Dann werden wir erkennen, ob die Akzeptanz besteht oder nicht. Wenn Sie dann endlich einmal ehrlich wären, liebe Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, müssten Sie den Gesetzentwurf dann ablehnen. Oder Sie haben wieder einmal völligen Blödsinn geredet.

(Beifall bei der FDP)

Herr Moron hat doch Recht: Sie wissen doch selbst nicht, was Sie wollen. Mal sind Sie dafür und mal dagegen. Sie koppeln Ihre Zustimmung an eine konkrete Forderung. Ich bin gespannt - wir werden für die Abstimmung sorgen -, wie Sie sich dann bei der zweiten Lesung bei der Entscheidung verhalten werden.

Meine Damen und Herren, wir sind gespannt auf die nächste Sitzung des Verkehrsausschusses und hoffen, dass dann endlich einmal die Gründe für die Zusammenlegung genannt werden. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt noch einmal Herr Sagel.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Herr Moron, ich weiß ehrlich gesagt nicht, warum bei Ihnen die Nerven so blank liegen.

(Lachen bei der FDP)

Meine Fraktionsvorsitzende hat mir gerade gesagt, Sie hätten auch keine Gehörschwäche. Von daher weiß ich gar nicht, was Sie hier gehört haben.

Ich habe hier, glaube ich, sehr deutlich gemacht, worum es uns geht. Das ist auch alles andere als meine Privatmeinung. Ich lasse mir nicht von Ihnen - und im Übrigen auch nicht von Herrn Kuschke - unterstellen, dass ich hier als Wahlkreisabgeordneter rede. Ich bin in dem Sinne gar kein Wahlkreisabgeordneter. Ich bin über die Landesliste gewählt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin wie jeder andere Abgeordnete auch dem Land verpflichtet.

Uns geht es ganz sachlich und nüchtern um Sozialverträglichkeit für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Uns geht es um Effizienzgewinne. Uns geht es um Einsparungen. Das wollen wir von Ihnen sehr sauber und sachlich belegt haben - nicht mehr und nicht weniger.

Genau das beinhaltet auch unser Fraktionsbeschluss, den wir gestern gefasst haben. Dass ich noch weiter gehende Forderungen habe - ein oder zwei andere Kollegen auch -, ist eine andere Sache. Aber die Fraktion hat sich gestern sehr übereinstimmend auf diese Position verständigt. Das sind die Dinge, die wir mit Ihnen in den nächsten Wochen geklärt haben wollen. Wir erwarten von Ihnen - das habe ich sehr deutlich gesagt, und das wird von unserer Fraktion auch voll unterstützt - überzeugende Argumente und Belege, dass das auch so der Fall ist, wie Sie das hier die ganze Zeit behaupten, nicht mehr und nicht weniger.

Ich verstehe Ihre Aufregung nicht. Wenn Sie diese Argumente haben, tragen Sie sie bitte vor. Wir haben in den nächsten Wochen genügend Zeit, die Vorteile in den Ausschüssen im Detail zu erörtern. Wir sind die Letzten, die sich dagegen wehren, wenn solche Dinge tatsächlich belegbar sind, das nachzuvollziehen und umzusetzen. Wir sind die Reformpartei. Das sind wir auch weiterhin. Wir sind für vernünftige Reformen, aber sie müssen die Kriterien erfüllen, die wir hier benannt haben. Dazu stehen wir nach wie vor. Von daher erwarten wir von Ihnen, dass diese Dinge auf den Tisch gebracht werden. Bisher sind sie nicht auf dem Tisch. Bisher gibt es eine Menge Fragen, die nicht geklärt sind. Ich gehe davon aus, dass diese Dinge in den nächsten Wochen in aller Offenheit auf den Tisch kommen. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Sagel. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind am Schluss der Beratung.

Ich lasse abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs** der Landesregierung **Drucksache 13/3818** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** - federführend -, an den **Verkehrsausschuss** und an den **Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform**. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich

der Stimme? - Damit ist dieser Überweisungsempfehlung einstimmig **gefolgt** worden.

Ich rufe auf:

4 Der Bundesverkehrswegeplan muss den gegenwärtigen und zukünftigen Belastungen der Verkehrsinfrastruktur des Landes Nordrhein-Westfalen gerecht werden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3868

Ich weise hin auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/3904**. Außerdem weise ich hin auf den **Entschließungsantrag** der CDU mit der **Drucksache 13/3910** und den **Entschließungsantrag** der FDP mit der **Drucksache 13/3911**.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion dem Kollegen Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, wie die beiden Koalitionäre in den vergangenen vier Wochen miteinander umgegangen sind; ich habe das verfolgt.

Es wurde von der Gehörschwäche des Fraktionsvorsitzenden der SPD gesprochen, dem Verkehrsministerium wurde vorgeworfen, es handle zum Schaden des Landes, und dem Staatssekretär im Verkehrsministerium wurde vorgeworfen, er sage die Unwahrheit. So konstruktiv arbeiten Sie also zusammen. Das Schlimme ist nur, dass das am Ende tatsächlich zum Schaden des Landes Nordrhein-Westfalen geschieht. Das können wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der FDP)

Bei einem Punkt in der heutigen Diskussion geht es um den Anteil von NRW im Bundesverkehrswegeplan. Wir wollen - das wollen eigentlich alle Fraktionen, und das will auch der Minister; so sagen sie es zumindest -, dass Nordrhein-Westfalen einen höheren Anteil erhält. Deswegen haben wir einen Antrag formuliert, dem inhaltlich eigentlich alle Fraktionen hätten zustimmen können, um zu dokumentieren, dass wir gemeinsam etwas für Nordrhein-Westfalen in Berlin erreichen wollen. Vielleicht hätten wir so eine weitaus bessere Chance gehabt. So etwas beim Bund durchzusetzen, ist ja nicht ganz einfach. Sie wollten diesen Konsens nicht und haben einen Entschließungs-